

# COP27: Die Wirklichkeit hinter der dem ‚Greenwashing‘ der israelischen Delegation

Al Haq, 21.11.22

**Vor Beginn der UN-Klimakonferenz (COP27), die vom 6. bis 18. November im ägyptischen Sharm El Sheikh stattfand, warb das israelische Außenministerium für die offizielle Delegation, die es zur COP27 entsenden werde, und rühmte sich, dass dies die „bedeutendste Teilnahme des Staates seit Beginn internationaler Konferenzen zu diesem Thema“ sei.**

Die *Greenwashing*-Geschichte des Staates Israel hat ihre Grundlage in der zionistischen siedlerkolonialen und rassistischen Logik, dass die Zionisten „fortschrittlicher und zivilisierter“ bei der Entwicklung des Landes Palästina seien als die einheimische palästinensische Bevölkerung, und dass sie nach Palästina gekommen seien, um „die Wüste zum Blühen zu bringen“.

Der israelischen Delegation gehörten der israelische Staatspräsident, hochrangige Beamte verschiedener Ministerien, zionistische halbstaatliche Einrichtungen wie der *Jüdische Nationalfonds*, die Zivilgesellschaft, Wissenschaftler, hochrangige Beamte des Privatsektors und Unternehmer an. In diesem Jahr richtete der Staat Israel auf der COP seinen ersten nationalen Pavillon ein, in dem 10 Climate-Tech-Unternehmen vertreten waren und mehr als 30 Veranstaltungen stattfanden. (1)

Die Delegation nutzte die seit langem angewandte *Greenwashing*-Strategie des Staates Israel und prahlte mit der „führenden Rolle“ des Landes im Bereich der Klimatechnologie, der Innovation zur Abschwächung des Klimawandels und zur Anpassung an diesen, in Bereichen wie erneuerbare Energien, Gas, Wasserentsalzung und -wiederverwendung, Aufforstung und alternative Proteine.

Eine solche Selbstdarstellung präsentiert den Staat Israel als „umweltfreundlich“, um seine Klima-Apartheid und Umweltzerstörung gegen die palästinensische Bevölkerung, ihr Land und ihre natürlichen Ressourcen zu bagatellisieren und davon abzulenken. Das Narrativ des *Greenwashing* verschleiert auch, wie das siedlerkoloniale- und Apartheidregime des Staates Israel sowie die anhaltende kriegerische Besatzung die Klimaanfälligkeit der Palästinenser:innen in Wirklichkeit verstärken.

Die *Greenwashing*-Geschichte des Staates Israel (2) hat ihre Grundlage in der zionistischen siedlerkolonialen und rassistischen Logik, dass die Zionisten „fortschrittlicher und zivilisierter“ bei der Entwicklung des Landes Palästina seien als die einheimische palästinensische Bevölkerung, und dass sie nach Palästina gekommen seien, um „die Wüste zum Blühen zu bringen“.

Auf einer Veranstaltung mit dem Titel „Wasserwiederverwendung zur Bewältigung der klimatischen Herausforderungen“ im israelischen Pavillon (3) auf der COP27 nutzte der israelische Minister für Umweltschutz diese Legende und rühmte Israels führende Rolle bei der Wasserentsalzung und -wiederverwendung. Er betonte, dass „wir den Staat Israel mitten in der Wüste gegründet haben. Wir haben von Anfang an unter Wasserknappheit gelitten.... Wir haben die Lösung gefunden.“ Was verbirgt sich hinter den umweltfreundlichen Reden des Staates und seinen „Lösungen“?

### **Aneignung von Land und natürlichen Ressourcen**

Israels *Greenwashing*-Strategie blendet aus, dass es die Fähigkeit der Palästinenser:innen, selbstbestimmtes Vorgehen zur Abschwächung und Anpassung an die Klimakrise zu entwickeln, unter seinem System des Siedlerkolonialismus, der Apartheid und der andauernden Besatzung direkt untergräbt. (4) Dies gilt insbesondere für die israelische Politik der Zersplitterung, der Blockade des Gazastreifens, der Verweigerung des kollektiven Rechts der Bevölkerung auf Selbstbestimmung und Entwicklung sowie der Aneignung, Ausbeutung und Zerstörung von palästinensischem Land und natürlichen Ressourcen. Dies geschieht durch die Ausbeutung von Land, Wasser, Erdgas und Erdöl, den Abbau von Steinbrüchen, die Gewinnung von Mineralien aus dem Toten Meer sowie die Ausschöpfung der nicht erneuerbaren und endlichen Ressourcen der Palästinenser. (5)

Besonders anfällig für die zunehmenden Klimagefahren sind palästinensische Gemeinschaften, deren Lebensunterhalt größtenteils vom Zugang zu und der Nutzung von Land sowie natürlichen Reichtümern abhängt, wie z. B. Bauern-, Hirten- und Beduinengemeinschaften. Rund zwei Millionen Palästinenser, die seit 14 Jahren unter einer völkerrechtswidrigen Blockade und Abriegelung des Gazastreifens leben, sind ebenfalls einem erhöhten Risiko durch klimabedingte Gefahren wie Wasserknappheit und Ernährungsunsicherheit ausgesetzt. Rund 97 Prozent des Wassers im Gazastreifen sind nicht trinkbar (6), und mehr als 60 Prozent der Haushalte im Gazastreifen sind von Nahrungsmittelknappheit betroffen. (7) Die Umsetzung von Klimaschutz- und Anpassungsstrategien hängt von der Fähigkeit der palästinensischen Bevölkerung ab (8), ihr Land und ihre natürlichen Ressourcen souverän und frei zu nutzen und zu entwickeln, was im Zusammenhang mit ihrem unveräußerlichen Recht auf Selbstbestimmung steht.

### **Klima-Apartheid**

Zusätzlich zu den Auswirkungen der israelischen Besatzung und des Apartheidregimes auf die Klimaanfälligkeit der Palästinenser gibt es viele politische Maßnahmen und Aktivitäten des Staates Israel, die direkt eine diskriminierende Wirkung auf die Umwelt der Palästinenser haben, darunter: Siedlungen in der Westbank haben viele negative Konsequenzen sowohl auf die Umwelt als auch auf die Menschenrechte der nahe gelegenen palästinensischen Gemeinden. In den Industrie- und Landwirtschaftssiedlungen arbeiten Unternehmen (9), darunter auch Chemiefabriken und -firmen, ohne oder mit nur sehr geringer Rücksicht auf Umweltgesetze, einschließlich des israelischen Rechts, was zu einer Verschmutzung der Luft, des Bodens und des Wassers in der Umgebung führt.

Viele Westbank-Siedlungen verfügen nicht über angemessene Abfallbehandlungsanlagen und leiten große Mengen ungeklärter Abwässer (10) in palästinensische Bäche, Täler und auf landwirtschaftliche Flächen ein. Dies führt zur Zerstörung des Bodens und zur Veränderung seiner biologischen Zusammensetzung, was das Absterben von Bäumen und Pflanzen sowie die Ausbreitung von Krankheiten und die Ausrottung von palästinensischem Vieh und Wildtieren zur Folge hat.

Während die COP als Mittel zur Bewältigung der globalen Klimakrise dient, haben viele Staaten die COP oft genutzt, um sich mit ihren umweltfreundlichen Initiativen zu brüsten, während sie ihre eigenen Regime des Kolonialismus, der Besatzung, der Aggression, der Apartheid und des Autoritarismus verschleiern

Der Staat Israel eignet sich palästinensisches Land in den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT) als Mülldeponien an. Die Besatzungsmacht Israel transportiert illegal Müll, einschließlich gefährlicher Abfälle, in 15 israelische Mülldeponien in die besetzte Westbank. Darüber hinaus werden die festen Abfälle der Siedler, die pro Kopf der Bevölkerung doppelt so viel Abfall produzieren wie die Palästinenser:innen, meist auf Deponien in der Westbank abgeladen.

Hinzu kommt, dass die Palästinenser aufgrund der israelischen Apartheid und Besatzung und der damit verbundenen politischen Maßnahmen und Aktivitäten nicht in der Lage sind, eine klimaresistente Infrastruktur, einschließlich der Abfallentsorgung, aufzubauen. All diese Praktiken und Vorgehensweisen der Klima-Apartheid verschmutzen die Luft und stellen ein Gesundheitsrisiko für die nahe gelegenen palästinensischen Gemeinden dar. (11, 12)

Die Steinbruchindustrie in den 1967 besetzten Gebieten ist nicht nur ein Faktor der Verletzung des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung und auf dauerhafte Souveränität, vielmehr profitiert sie auch von der Aneignung palästinensischen Eigentums und der Plünderung palästinensischer natürlicher Ressourcen. Darüber hinaus werden nicht erneuerbare und endliche Ressourcen der Bevölkerung ausgebeutet, was dem Kriegsverbrechen der Zerstörung der natürlichen Ressourcen und der Umweltzerstörung gleichkommen kann. Die Staubwolken und die Umweltverschmutzung, die von den Steinbrüchen ausgehen, die sich an kein Umweltgesetz halten, beeinträchtigen die Rechte der palästinensischen Anwohner:innen auf Land, Landschaft und Umwelt.

Eine weitere Form des Umweltschadens besteht in der gezielten Zerstörung von palästinensischem Zivileigentum sowie palästinensischer Infrastruktur im Zusammenhang mit der weit verbreiteten und systematischen Demontagepolitik des Staates Israel in der Westbank und den wiederholten Militäroffensiven im Gazastreifen. Während der israelischen Militäroffensive gegen den Gazastreifen im Mai 2021 beschoss Israel beispielsweise die Hauptmülldeponie von Gaza-Stadt mit scharfer Munition und

Artilleriegranaten und löste damit eine schwere Gesundheits- und Umweltkrise aus. Ein weiterer Angriff während der Militäroffensive im Mai 2021, der katastrophale Umweltschäden verursachte, war der gezielte Angriff und die Zerstörung des Khudair-Lagers durch den Staat Israel. Im Khudair-Lagerhaus waren mehr als 50 Prozent der landwirtschaftlichen Vorräte des Gazastreifens deponiert. Der Angriff auf das Lager mit chemischen Stoffen erzeugte eine Schadstoff-Wolke, die chemische Abfälle über die Menschen und die Umwelt in Gaza verteilte und die Bevölkerung vergiftete. Da der israelische Angriff wissentlich auf ein Chemielager mit chemischem Inhalt abzielte, könnte es sich um eine indirekte chemische Waffe handeln, die nach internationalen Verträgen und Gewohnheitsrecht verboten ist. (A)

A) Rule 74, ICRC customary International Humanitarian Law Database; Hague Declaration concerning Asphyxiating Gases, 1899; Protocol for the Prohibition of the Use in War of Asphyxiating, Poisonous or other Gases, and of Bacteriological Methods of Warfare, 1925 (Geneva Gas Protocol); Chemical Weapons Convention, Article I; Rome Statute of the International Criminal Court, Article 8(2)(b)(xviii).

**Schlussfolgerung:** Dekolonisierung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte fördert Klimagerechtigkeit.

Während die COP als Mittel zur Bewältigung der globalen Klimakrise dient, haben viele Staaten die COP oft genutzt, um sich mit ihren umweltfreundlichen Initiativen zu brüsten, während sie ihre eigenen Regime des Kolonialismus, der Besatzung, der Aggression, der Apartheid und des Autoritarismus verschleierten und darauf abzielten, soziale Ungerechtigkeiten, rassistische Diskriminierung und die Verweigerung der Ausübung des Rechts der Menschen auf Selbstbestimmung zu verstärken.

Der Kampf für Klimagerechtigkeit kann nicht von den Kämpfen zur Beendigung aller Systeme der Fremdbestimmung, einschließlich Kolonialismus, Apartheid und Besatzung, getrennt werden. Die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen sollten mit einem interdisziplinären (13) Ansatz angegangen werden, der Selbstbestimmung, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einschließt.

In Palästina verweigern das koloniale Apartheidregime und militärische Besatzung der palästinensischen Bevölkerung weiterhin ihr unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung, einschließlich ihres Rechts auf volle Souveränität über ihre natürlichen Ressourcen. So wird das palästinensische Volk daran gehindert, sich mit den negativen Auswirkungen des Klimawandels auseinanderzusetzen.

Die Entkolonialisierung Palästinas, die Beendigung der Apartheid und der Besatzung sowie die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf volle Souveränität über sein Land und seine natürlichen Ressourcen, sind die einzige nachhaltige Lösung für die palästinensische Bevölkerung, um tragfähige Strategien zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an ihn zu entwickeln und umzusetzen. (14)

**Schlussfolgerung:** Dekolonisierung, soziale Gerechtigkeit und Menschenrechte fördert Klimagerechtigkeit

Während die COP als Mittel zur Bewältigung der globalen Klimakrise dient, haben viele Staaten die COP oft genutzt, um sich mit ihren umweltfreundlichen Initiativen zu brüsten, während sie ihre eigenen Regime des Kolonialismus, der Besatzung, der Aggression, der Apartheid und des Autoritarismus verschleiern und darauf abzielten, soziale Ungerechtigkeiten, rassistische Diskriminierung und die Verweigerung der Ausübung des Rechts der Menschen auf Selbstbestimmung zu verstärken.

Der Kampf für Klimagerechtigkeit kann nicht von den Kämpfen zur Beendigung aller Systeme der Fremdbestimmung, einschließlich Kolonialismus, Apartheid und Besatzung, getrennt werden. Die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen sollten mit einem interdisziplinären Ansatz angegangen werden, der Selbstbestimmung, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit einschließt.

Quelle: <https://www.alhaq.org/advocacy/20897.html>

1. <https://govextra.gov.il/foreign-affairs/climatechange/home/cop-27/>
2. <https://www.aljazeera.com/opinions/2022/1/28/resisting-greenwashing-in-the-naqab-unity-intifada-continues>
3. <https://www.aljazeera.com/opinions/2022/1/28/resisting-greenwashing-in-the-naqab-unity-intifada-continues>
4. <https://www.alhaq.org/publications/15261.html>
5. <https://www.alhaq.org/advocacy/19154.html>
6. <https://www.euromedmonitor.org/en/article/4644/Euro-Med-Monitor-at-HRC:-Gazans-are-slowly-poisoned-as-97%25-of-Gaza%E2%80%99s-water-is-undrinkable>
7. <https://reliefweb.int/report/occupied-palestinian-territory/socio-economic-food-security-survey-2020-state-palestine>
8. [https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CCPR/Shared%20Documents/ISR/INT\\_CCPR\\_CSS\\_ISR\\_18198\\_E.pdf](https://tbinternet.ohchr.org/Treaties/CCPR/Shared%20Documents/ISR/INT_CCPR_CSS_ISR_18198_E.pdf)
9. <https://www.alhaq.org/advocacy/6378.html>
10. [https://www.btselem.org/download/200906\\_foul\\_play\\_eng.pdf](https://www.btselem.org/download/200906_foul_play_eng.pdf)
11. <https://www.middleeasteye.net/news/israel-west-bank-settlements-sewage-dump>
12. <https://www.alhaq.org/publications/16929.html>
13. <https://www.alhaq.org/advocacy/20847.html>
14. <https://www.alhaq.org/advocacy/19242.html>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de

# COP27: Ist Israels Klima-Agenda ,Greenwashing‘ für die Besetzung von palästinensischem Land?

Lyse Mauvais, newarab.com, 18.11.22

**Israels offizieller Pavillon auf der COP27 ist voll mit Initiativen und Hightech-Lösungen zur Bekämpfung des Klimawandels in der Region. Doch hat eine der Organisationen, die ausgewählt wurde, um die israelische Klimaagenda zu vertreten, schon wegen ihrer Verbindungen zu den Westbank-Siedlungen einen Eklat ausgelöst.**

Einige der im israelischen Pavillon beworbenen Umweltprojekte wurden direkt mit Menschenrechtsverletzungen und israelischen Siedlungsaktivitäten in Verbindung gebracht. Einer der Gaststars des Pavillons ist der *Jüdische Nationalfonds*.

Zwei Drittel der Wälder des JNF wurden auf den Ruinen der zerstörten arabischen Dörfer gepflanzt, deren Bewohner nie entschädigt wurden.

Zum ersten Mal überhaupt war der israelische Staat mit einem eigenen Pavillon auf der COP vertreten, dem jährlichen Weltklimagipfel, der diese Woche in der ägyptischen Küstenstadt Sharm-el-Sheikh zu Ende geht. Doch eine der Organisationen, die der Staat Israel ausgewählt hat, um seine Klimaagenda zu vertreten, hat wegen ihrer engen Verbindungen zur Siedlungs-politik und Kolonisierung palästinensischen Landes sowie zur Vertreibung der einheimischen Bevölkerung sofort Gegenreaktionen und den Vorwurf des *Greenwashing* hervorgerufen.

Seit der offiziellen Eröffnung am 7. November wurden Hunderte von Besuchern des israelischen Pavillons mit kostenlosem Kaffee und Begrüßungsschildern in arabischer Sprache begrüßt.

Akkreditierte COP27-Teilnehmer können sich an interaktiven Schautafeln über die vorbildlichen grünen „Innovationen“ des Landes informieren – wie etwa den Anbau von Pflanzen in Hightech-Indoor-Farmen, die Herstellung von künstlichem Fleisch oder das Pflanzen von Bäumen in der Wüste.

Der Pavillon befindet sich tief in der Blauen Zone, einem Ausstellungsbereich mit Hunderten von Ständen, die an offizielle Delegationen vermietet werden, darunter auch an Nichtregierungsorganisationen und Interessenverbände. Die Pavillons bieten Platz für die Organisation von Veranstaltungen am Rande des Klimagipfels und sind ein wichtiges Kommunikationsmittel für diejenigen, die es sich leisten können. Der Startpreis für einen Pavillon lag bei vergangenen COPs bei bis zu 400 Dollar pro Quadratmeter, ohne individuelle Anpassung. (1)

Für die israelische Delegation auf der COP war es ein großartiges Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Während der zweiwöchigen Dauer des Gipfels fanden im Pavillon rund 40 Nebenveranstaltungen statt, bei denen die Arbeit von Start-ups, Umweltagenturen und Agrartechnikunternehmen vorgestellt wurde. Das Ziel: Den Staat Israel als Vorreiter bei der Anpassung an den Klimawandel zu präsentieren und Kooperationsvereinbarungen sowie Geschäftsabschlüsse mit anderen Ländern in der Region zu fördern.

Doch dieses Hochglanzbild ist irreführend und laufe auf *Greenwashing* hinaus, warnten palästinensische Organisationen. Sie wiesen darauf hin, dass einige der im Pavillon beworbenen Umweltinitiativen in direktem Zusammenhang mit schweren Menschenrechtsverletzungen stehen.

### **Klimagerechtigkeit fehlt**

„Ob nun offizielle Vertreter von Ministerien, der Zivilgesellschaft oder Unternehmer auf diesen Veranstaltungen über klimafreundliche Lösungen sprechen, keiner dieser Redner hebt hervor, dass diese Fortschritte ohne die Ausbeutung und Aneignung der palästinensischen Naturressourcen nicht möglich gewesen wären“, sagte Aseel Albajeh, Forscher und Beauftragter für Menschenrechtsfragen bei *Al-Haq*, einer palästinensischen Menschenrechtsorganisation, gegenüber *The New Arab*.

Wie Albajeh haben Kritiker wiederholt auf die Scheinheiligkeit der israelischen Behauptung einer Klimameisterschaft hingewiesen, angesichts der zerstörerischen und umweltschädlichen Politik des Staates Israels in den besetzten palästinensischen Gebieten.

Wie andere Organisationen der Zivilgesellschaft arbeiten auch palästinensische Umweltgruppen in einem eingeschränkten Umfeld, das von starker Überwachung und rechtlichen Schikanen geprägt ist. Im Oktober 2021 stufte die israelische Regierung sechs prominente palästinensische Nichtregierungsorganisationen (darunter eine wichtige Umwelt-NGO) als Terrorgruppen ein und kriminalisierte damit deren Arbeit. Unabhängige Untersuchungen, u. a. durch die CIA, konnten keine Grundlage für diese Einstufung finden. (2)

Aber nicht nur NROs werden an ihrer Arbeit gehindert. Auch die Bemühungen um Klimaanpassung und Milderung der Erhitzung werden behindert, insbesondere im Gazastreifen, wo die anhaltende israelische Blockade die meisten Projekte verhindert.

„Wir sind ein Land unter Besatzung, und die Besatzung schränkt unsere Möglichkeiten zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen stark ein“, erklärte Nedal Katbeh-Bader, Berater für Klimawandel im Umweltministerium der Palästinensischen Autonomiebehörde, gegenüber *The New Arab*. Er prangerte eine „fallweise“ Zusammenarbeit an, die Palästinas Möglichkeiten zur Umsetzung von Klimaschutzplänen routinemäßig gefährde. „Die Israelis haben die volle Kontrolle über unsere Ressourcen, einschließlich Land, Wasser, Luft und Grenzen... Wir können vor Ort nichts ohne die Zustimmung der israelischen Besatzung umsetzen.“

Unterdessen verfügt Israel über die Mittel und Ressourcen, um große Infrastrukturprojekte in Angriff zu nehmen, die die Palästinenser:innen weitgehend ausschließen oder sie weiter enteignen.

„Eines der Projekte, mit denen sich Israel derzeit rühmt, ist die Umweltfreundlichkeit der EuroAsia-Verbindungsleitung“, sagte Albajeh. Die von der Europäischen Union finanzierte EuroAsia-Verbindungsleitung soll die Stromnetze Israels, Zyperns und Griechenlands miteinander verbinden, um eine „Energieautobahn zwischen Asien und Europa“ zu schaffen, die den EU-Ländern Zugang zu Strom aus israelischen und zyprischen Gasreserven verschafft. Es wurde auch als Umweltprojekt vorgestellt, da es den Handel mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen erleichtere. (3)

Albajeh erinnerte aber daran, dass „dieses Projekt für die palästinensische Bevölkerung sehr problematisch ist, weil das nationale israelische Stromnetz mit israelischen Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten verbunden ist, diese Siedlungen wurden selbstverständlich unter Verletzung des Völkerrechts gebaut“.

Mit anderen Worten: Während palästinensische Dörfer weiterhin mit einer unzureichenden Stromversorgung zu kämpfen haben, werden israelische Siedlungen, die illegal auf palästinensischen Gebieten gegründet wurden, an das europäische Stromnetz angeschlossen. „Damit werden der Siedlungsbau und die fortgesetzte Annexion der 1967 besetzten palästinensischen Gebiete weiter vorangetrieben“, so Albajeh.

### **Greenwashing von Menschenrechtsverletzungen**

Einige der im israelischen Pavillon beworbenen Umweltprojekte wurden direkt mit Menschenrechtsverletzungen und israelischen Siedlungsaktivitäten in Verbindung gebracht. Einer der Gaststars des Pavillons ist der *Jüdische Nationalfonds* (auch bekannt als *KKL-JNF*), der vor Kurzem sehr fragwürdige Aufforstungsprojekte in der Negev-Wüste durchgesetzt hat.

Der von Theodor Herzl, dem Vater des modernen politischen Zionismus, gegründete *KKL-JNF* ist eine Nichtregierungsorganisation, die durch private Spenden finanziert wird, aber ein spezielles Mandat für die Verwaltung aller öffentlichen Wälder in Israel hat und 13 % des Bodens im Lande besitzt. Die Gruppe ist stolz darauf, in den letzten 120 Jahren mehr als 240 Millionen Bäume gepflanzt zu haben - mehr als 100.000 Hektar Wald. Sie wurde um die Jahrhundertwende mit einem offen zionistischen Mandat gegründet, um in Palästina Land für jüdische Siedlungen zu kaufen. Aber sie beschlagnahmte ebenfalls weite Teile des Landes gegen den Willen seiner Besitzer, als die Palästinenser:innen vor den ethnischen Säuberungsmassakern flohen, die mit der Gründung des Staates Israel verbunden sind.

Zwei Drittel der Wälder des *KKL-JNF* wurden auf den Ruinen der zerstörten arabischen Dörfer gepflanzt, deren Bewohner nie entschädigt wurden. (4)

Heute betreibt die Organisation weiterhin stark kritisierte Projekte mit bedenklichen Umweltauswirkungen. Im Januar dieses Jahres kam es in der nördlichen Negev-(An-Naqab-)Wüste zu Protesten gegen Aufforstungsarbeiten des *KKL-JNF* auf Land, das traditionell von den örtlichen palästinensischen Gemeinschaften bewirtschaftet wird. Unter dem Slogan „Rettet den Naqab“ (der Name des Negev auf Arabisch) versammelten sich Tausende von Demonstrant:innen an den geplanten Aufforstungsstandorten und in verschiedenen palästinensischen Städten. Sie konnten die Bulldozer des



*KKL* nicht daran hindern, unter starkem Polizeischutz Gräben auszuheben, die Felder zu verwüsten und Obstbäume zu entwurzeln.

In den letzten Jahren hat der *KKL-JNF* Dutzende ähnlicher Projekte im Negev durchgesetzt, die sich gegen Land richten, das von lokalen arabischen Gemeinschaften genutzt wird. Im Negev leben rund 300.000 Palästinenser:innen, die nach der Nakba von 1948 die israelische Staatsbürgerschaft erhalten haben. Viele von ihnen leben in „nicht anerkannten“ Dörfern, die häufig abgerissen werden und über keinerlei Grundversorgung, einschließlich Straßen und Strom, verfügen. Die Anpflanzung von Wäldern hat die Einheimischen daran gehindert, dort ihre Tiere zu weiden und Landwirtschaft zu betreiben, wodurch sie effektiv vom Land vertrieben wurden.

Die Aufforstungsprojekte des *KKL-JNF* werden auch von israelischen Umweltorganisationen wie der *Society for the Protection of Nature (SPN)* angegriffen. *SPN*-Forschungen ergaben, dass die Anpflanzung nicht einheimischer Kiefern in der Wüste ökologisch Unsinn ist und dass die Aufforstungsarbeiten im Negev sogar die Ökosysteme der wertvollen trockenen Übergangszonen zwischen dem mediterranen Norden und dem wüstenhaften Süden bedrohen.

Trotz dieser umstrittenen Bilanz wurde der *KKL-JNF* als führend in der Forstwirtschaft und der Wiederherstellung von Ökosystemen dargestellt und erhielt eine wirkungsvolle Plattform auf der COP27. Paradoxiertweise prüft der *KKL-JNF* sogar die Möglichkeit, mit seinen Wäldern Geld zu verdienen, indem er sie als „Kohlenstoffgutschriften“ auf internationalen Kohlenstoffmärkten verkauft, die derzeit auf der Grundlage des Pariser Abkommens entwickelt werden.

### **Grüne Normalisierung**

Eines der Ziele der verstärkten israelischen Präsenz auf der COP ist neben der Eigenwerbung auch der Export israelischer Klima-Innovationen in die Nachbarländer.

„Unser Traum ist es, im Zusammenhang mit *NEOM* zu stehen“, sagte der Leiter eines israelischen Agrartechnik-Start-ups gegenüber *The New Arab* und bezog sich dabei auf die kohlenstoffneutrale saudische High-Tech-Stadt, die derzeit am Roten Meer gebaut wird. Sein Startup verwendet Hochdruck-Hydroponik, um Gemüse in einer geschlossenen Stadt anzubauen. „Es ist kompliziert, weil Saudi-Arabien und der Staat Israel keine Beziehungen haben, aber wir glauben wirklich, dass es eine perfekte Ergänzung wäre“.

Viele Besucher des israelischen Pavillons kamen nach Ägypten mit Blick auf die technikbegeisterten Märkte am Golf. Auch der *KKL-JNF* macht keinen Hehl daraus, dass er mit den arabischen Nachbarn, darunter Jordanien, Ägypten und die Emirate, zusammenarbeiten möchte.

Nach der Unterzeichnung des von den USA geförderten *Abraham-Abkommens 2020* und der Normalisierung der Beziehungen zu Nachbarn, die sie zuvor boykottiert hatten - darunter Bahrain, Marokko und die Vereinigten Arabischen Emirate – hoffen die israelischen Führer, dass sich die Region für ihre Geschäfte öffnet, und die Umwelt ist ein perfekter Zugangspunkt.

Regionale Zusammenarbeit in diesem Bereich ist nichts Neues, und in einigen Fällen haben Umweltinitiativen Wissenschaftler zu gemeinsamen Forschungsinteressen zusammengeführt, z. B. bei Zugvögeln oder gefährdeten Korallen im Roten Meer. Der umstrittene „Wasser-für-Energie“-Vertrag zwischen Jordanien und Israel aus dem Jahr 2021, bei dem die Israelis dem von einer Dürre heimgesuchten Jordanien Wasser im Tausch gegen Solarstrom zur Verfügung stellten, wurde trotz lokaler Widerstände international als positive Entwicklung angesehen.

In Jordanien wurde der Deal jedoch heftig kritisiert, viele stellten fest, der Staat Israel habe keine Rechte an dem verkauften Wasser, da es den Anteil der Palästinenser:innen an den Wasserressourcen der Anrainerstaaten kontrolliert und umleitet. Sogar *EcoPeace*, die regionale Umweltorganisation, die das Abkommen ausgearbeitet hat, erkannte an, dass das Abkommen unvollständig sei und dem Wasser- und Energiebedarf der Palästinenser:innen nicht gerecht werde. (5)

**Ohne Klimagerechtigkeit für die Palästinenser:innen stellt die Strategie des Staates Israel, die Umwelt als Sprungbrett für die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Nachbarn zu nutzen, Greenwashing seiner schlechten Menschenrechtsbilanz dar.**

Palästinensische Aktivist:innen sind nicht überrascht. „Es gab schon immer eine *Greenwashing*-Strategie des Staates Israel, um sich als umweltfreundlich darzustellen, während es gleichzeitig Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen gegen das palästinensische Volk begeht“, so Albajeh abschließend.

*Dieser Artikel entstand in Verbindung mit dem 2022 Climate Change Media Partnership, einem Journalismus-Stipendium, das vom Earth Journalism Network von Internews und dem Stanley Center for Peace and Security organisiert wurde.*

Quelle: <https://www.newarab.com/analysis/cop27-israels-climate-agenda-greenwashing-occupation>

1. <https://www.newarab.com/analysis/cop26-coalition-fight-climate-justice>
2. <https://www.theguardian.com/world/2022/aug/22/cia-report-israel-palestinian-rights-groups>
3. <https://euroasia-interconnector.com/at-glance>
4. <https://www.newarab.com/analysis/zochrot-campaign-highlights-jnfs-role-ongoing-nakba>
5. <https://www.newarab.com/news/israel-jordan-agree-major-water-sale-palestinian-trade>  
<https://reporterre.net/De-l-eau-contre-du-solaire-l-accord-conteste-entre-la-Jordanie-et-Israel>

Übersetzung: Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de